

1. Die Bilanz

Die Bilanz der Europäischen Integration 2015

Werner Weidenfeld

Einfach war Europa nie. Das zeigt jeder Blick in die Geschichte des Kontinents.¹ Aber gegenwärtig ist eine spezifische Verbindung diverser Herausforderungen und Antwortversuchen festzustellen: Mehrere aktuelle Aufgaben verlangen ein konzentriertes Krisenmanagement – aber im Hintergrund stehen komplexe Strategiefragen. Und gleichzeitig werden Anstöße zu ganz elementaren Grundsatzfragen zur Zukunft Europas gegeben. Diese spezifische Kombination von Themen macht nun das Profil der europäischen Integration aus. Werfen wir einen Blick auf die Themen des aktuellen Krisenmanagements:

(1) Das Migrationsthema entwickelt sich zur Mega-Herausforderung.² Die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden hat extraordinary Größenordnungen erreicht. Europa bildet den Magneten für Millionen. Eine Antwort ist nur dann zielführend, wenn alle Dimensionen der komplexen Thematik strategisch angegangen werden: die Nöte in den Herkunftsländern, die Schleuserorganisationen, die Verteilung auf die EU-Mitgliedstaaten und die Integration in die jeweilige Aufnahme-Gesellschaft.

(2) Die Schuldenfrage ist eng verwoben mit der Griechenland-Krise.³ Jenseits der diversen Finanzdetails handelt es sich um politische Systemfragen. Da hat in Griechenland eine politische Klasse komplett versagt und bei dem Versuch einer europäischen Krisenbewältigung geht es auch um große, innenpolitische Reformpakete. Gleichgültig, ob man nach Athen, Brüssel, Berlin, Paris blickte – an jedem Ort fanden Machtspiele statt.

(3) Der Terrorismus breitet sich weltweit aus und rückt immer näher an Europa heran.⁴ Terroristische Anschläge haben inzwischen an symbolträchtigen Orten, auch in Europa, ihre Ziele gefunden. Die Europäische Union arbeitet daher zu Recht emsig an sicherheitspolitischen Antworten.

Das situative Krisenmanagement, das in Europa zu all diesen Themen praktiziert wird, beinhaltet nicht automatisch eine große, strategische Antwort. Damit werden große Märkte für populistische Initiativen geöffnet.⁵ Und zugleich werden grundsätzliche Nachdenklich-

1 Heinrich August Winkler: *Geschichte des Westens*, 4 Bde., München 2009-2015; Frédéric Delouche: *Das europäische Geschichtsbuch: Von den Anfängen bis in das 21. Jahrhundert*, Stuttgart 2012; Toni Judt: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, Frankfurt 2009; David Engels: *Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der Römischen Republik*, München 2014; Winfried Loth: *Europas Einigung: Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt 2014; Wolfgang Schmale: *Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität*, Stuttgart 2008.

2 Siehe dazu Steffen Angenendt: *Überzeugende Antworten finden. Europa kann die Flüchtlingskatastrophe nur gemeinsam bewältigen*, in: *Internationale Politik*, Juli/August 2015, S.44-52.

3 Siehe dazu vertiefend Ulf-Dieter Klemm/Wolfgang Schultheiß (Hrsg.): *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt 2015.

4 Siehe Wilfried Buchta: *Terror vor Europas Toren. Der islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht*, Frankfurt 2015.

5 Frank Decker: *Wenn die Populisten kommen*, Wiesbaden 2013; Ernst Hillebrand (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Europa, Gefahr für die Demokratie?*, Bonn 2015.

keiten angestoßen.⁶ Es werden europäische Narrative und eine neue geistige Ausstattung Europas gefordert. Der Hinweis auf einige Beispiele mag genügen: So rief Papst Franziskus in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 25. November 2014 aus: „Man kann nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zu einem großen Friedhof wird! (...) Und Europa hat es dringend nötig, sein Gesicht wieder zu entdecken.“⁷ Die Europäische Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) appelliert zum geistigen Aufbruch: „Wir müssen Europa völlig neu denken, nur dann ist ein neuer Europaschub machbar“.⁸ Der Europäische Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker versucht es immer wieder, grundsätzliche Anstöße zu geben. So rief er in der Presse aus: „Das ist nicht das Europa, in dem ich leben will. (...) Was wir brauchen und was uns noch fehlt, ist die kollektive Courage, um europäisches Recht und unsere Verpflichtungen gegenüber den Menschen einzuhalten (...) Unsere gemeinsame Geschichte zeigt, Europa ist ein belastbarer Kontinent, der sich im Angesicht dessen, was ihn zu spalten droht, am Ende vereint.“⁹

Parallel zu diesen Erklärungen erscheinen intellektuelle Anstöße durch Publikationen, die eine gewisse geistige Ordnung auf der Baustelle Europa schaffen wollen: „Europa – ein unvollendetes Abenteuer“¹⁰, „Das Ende einer Illusion“¹¹, „Heimat ist die schönste Utopie: Reden (wir) über Europa“¹², „Wohin des Wegs, Europa?“¹³, „Europa eine Strategie?“¹⁴ Der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron verschärfte die Forderung des Staatspräsidenten François Hollande, indem er formulierte: „Europa neu gründen. (...) Wir stehen vor der Frage: Wollen wir Neugründer Europas sein – oder seine Totengräber?“¹⁵

Die Spuren dieses spezifischen Konglomerats aus aktuellen Herausforderungen, Fragezeichen, existenziellen Nachdenklichkeiten, Machtspielen und Antwortversuchen finden sich in allen detaillierten Einzelschritten der Einigungspolitik jüngeren Datums – und etliche dieser Einzelentscheidungen werden über die gegenwärtige Aktualität hinaus ausstrahlen: die Initiative Junckers zur Schaffung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD), das Papier der fünf Präsidenten Juncker, Tusk, Dijsselbloem, Draghi, Schulz vom 22. Juni 2015, die Politik der Europäischen Union im Ukraine-Konflikt, die Klage des Bundesverfassungsgerichts gegen die Europäische Zentralbank (EZB) beim Gerichtshof der Europäischen Union und viele mehr. Ein bilanzierender Überblick über

6 Mathias Jopp/Funda Tekin (Hrsg.): Europas Wert. Studien zum materiellen und immateriellen Nutzen der europäischen Integration, Baden-Baden 2014.

7 Europäisches Parlament: Pressemitteilung. Papst Franziskus richtet eine Botschaft der Hoffnung und Ermutigung an alle europäischen Bürger, 26. November 2014; auch abgedruckt in Süddeutsche Zeitung: Papst Franziskus' Rede im Wortlaut: „Man kann nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zum Friedhof wird“, 25.11.2014.

8 Siehe Akademie der Wissenschaft und Künste: Next Europe. In search of its narrative, abrufbar unter: <http://www.euro-acad.eu/projects/next-europea> (letzter Zugriff: 17.9.2015).

9 Jean-Claude Juncker: „Das ist nicht das Europa in dem ich leben will“, in: Die Welt, 23.8.2015

10 Zygmunt Baumann: Europa, ein unvollendetes Abenteuer, Hamburg 2015.

11 Martin Winter: Das Ende einer Illusion – Europa zwischen Anspruch, Wunsch und Wirklichkeit, München 2015.

12 Robert Menasse: Heimat ist die schönste Utopie: Reden (wir) über Europa, Berlin 2014.

13 Peter Graf Kielmannsegg: Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte, Baden-Baden 2015.

14 Werner Weidenfeld: Europa – eine Strategie, München 2014.

15 Süddeutsche Zeitung: Emmanuel Macron im Interview: „Wir wollen eine Neugründung Europas“, 31.8.2015.

alle diese Einzelheiten muss vor allem Deutungsversuche der größten Zusammenhänge unternehmen.¹⁶ Hier sollen es drei Deutungen leisten: (1) Magnetfelder der Macht, (2) Sicherheit im Zukunftseuropa und (3) Europas Gesicht: die strategische Führungsfrage.

Magnetfelder der Macht

Die Magnetfelder der Macht zu ergründen – davon geht eine besondere Faszination aus. Warum? Weil diese Magnetfelder so weit wie möglich verborgen bleiben, sogar geheim gehalten werden. Man soll nicht wissen, wer denn wem überlegen ist, wer denn wen ausmanövriert, wer denn wem nicht gewachsen ist, wer denn wen taktisch ausschaltet. Die Kenntnis dieser Sachverhalte könnte bei nächster Gelegenheit manch einem Entscheidungsträger schaden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die formellen Entscheidungsprozeduren sind bekannt – aber die harten, informellen Vorgänge des politischen Lebens will man im Nebel des Unbekannten belassen. Umso aktiver kann man eingreifen und sich durchsetzen. Der Nebel des Undurchsichtigen der Magnetfelder der Macht wird umso intensiver, je weiter man von der Basis, von der direkten Erdbührung entfernt ist. Worauf es im kommunalen, regionalen und auch nationalen Feld noch manch einen Hinweis geben mag – die europäische Ebene entzieht sich der direkten Erfassung: zu fremd, zu komplex, zu weit entfernt, zu intransparent. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu verlockend, das spezifische Magnetfeld der Macht zu beleuchten, das von Angela Merkel und Juncker in der Führung der Europäischen Union aufgebaut wurde.

Zunächst trifft man auf eine Fehleinschätzung: Ein Spannungsfeld könne es zwischen Merkel und Juncker doch gar nicht geben, denn sie gehören doch der gleichen Parteifamilie – den Christdemokraten – an. Da muss doch eine prästabilisierende programmatische Harmonie geradezu vorgegeben, ja gleichsam im vegetativen Nervensystem des Politischen fixiert sein. Doch bald erkennt man den Irrtum einer solchen Annahme. Beispiele eindrucksvoller europäischer Kooperation bieten nämlich gerade jene Führungsfiguren, die unterschiedlichen Parteifamilien angehören. Man denke an die geradezu visionäre währungspolitische Leistung von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, an das historisch profilierte Strategie-Tandem Helmut Kohl und François Mitterrand, an die zweite Phase der Interaktion von Gerhard Schröder und Jacques Chirac, ähnlich auch das Zusammenwirken von Merkel und Hollande. Es ist das Parteigrenzen überschreitende dynamische Element des strategischen Aufbruchs, das bisher gewisse Standards gesetzt hat – nicht die angeblich vorgegebene programmatische Harmonie einer gemeinsamen Parteifamilie. Diese vielschichtige und lange Erfahrung muss die Erwartung an ein Zusammenspiel von Juncker und Merkel dämpfen. Und die aktuelle Wirklichkeit bestätigt die alte Erfahrung: Die gleiche Parteifamilie verhilft nicht zu strategischen Großleistungen – im Gegenteil: Das Spannungsfeld Merkel-Juncker zeigt in höchst profilierter Form, wie zwei Spitzen-Europäer sich wechselseitig im Aufbruchselan und in der Entscheidungsdynamik ausbremsen können. Es begann mit der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2014.¹⁷ Die Christdemokraten hatten Juncker zum Spitzenkandidaten gekürt. Merkel schloss sich dem Nominierungsvorschlag in letzter Minute an. Eine besondere Verve, diese Kandidatur zu unterstützen, war nicht feststellbar. Und dann ging es um die Frage, ob nach der Wahl nicht Juncker in ein quasi automatisches Nominierungsverfahren zur Präsidentschaft der

16 Andreas Wirsching: *Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989*, München 2015.

17 Rudolf Hrbek: *Europawahl 2014: Kontinuität und neue Facetten*, in: *integration*, 37/2014, S. 205-227.

Europäischen Kommission in Brüssel aufgenommen werden müsse. Der aktuell gültige Lissabon-Vertrag ist an dieser Stelle allerdings sehr unklar formuliert: Artikel 17 (EU-Vertrag) hält fest, dass der Europäische Rat bei seinem Kandidaten-Vorschlag das Wahlergebnis „berücksichtigt“. Was aber „berücksichtigen“ konkret bedeuten soll, das war unter den verantwortlichen Entscheidungsträgern höchst umstritten.

Das Europäische Parlament leitete unmittelbar einen Quasi-Automatismus zur sofortigen Nominierung von Juncker ab. Dabei hatte die Parteifamilie von Juncker deutliche Stimmverluste bei der Wahl verzeichnen müssen – auch wenn sie weiterhin die meisten Sitze im Parlament erhielt. Ein klarer, deutlicher Wahlsieg eines Kandidaten sieht anders aus. Aus der Wahrnehmung des Europäischen Rates heraus – und so auch aus der Wahrnehmung Merkels –, sprach nichts für eine quasi-automatische Nominierung Junckers. Der Machtkampf tobte heftig hinter den Kulissen: Die sofortige kraftvolle Nominierung Junckers mit großer Mehrheit durch das Europäische Parlament wand Merkel mit ihrer Ratsperspektive das Heft aus der Hand. Die verfahrenspolitischen Sieger hießen Europäisches Parlament und Juncker – die Verlierer hießen Europäischer Rat und Merkel. Damit ist das politische Verfahren auf viele Perioden festgelegt. Man weiß nun, was „berücksichtigen“ zu bedeuten hat. Und bei jedem weiteren Schritt der Fortschreibung von Integrationsreformen geht dieses Pokerspiel weiter, entfaltet dieses Magnetfeld der Macht seine Wirkung: Juncker hatte im Wahlkampf starke Aufbruchsparolen verkündet. Es gelte eine wirtschaftliche Wachstumsdynamik auszulösen. Nach der Wahl zum Präsidenten der Europäischen Kommission musste Juncker nun auch liefern. Er legte entsprechend ein Milliarden-Programm auf, das jedoch eine eigenwillige Substanz beinhaltete. Die 315 Mrd. Euro, die gleichsam das Produkt eines jonglierenden Verpackungskünstlers zu sein scheinen, sollen vor allem Investitionen in strategische Infrastruktur mobilisieren. Wichtige Marktlücken und strukturelle Schwächen sollen beseitigt werden, um der Europäischen Union zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu verhelfen.

Die 315 Mrd. Euro klangen dabei höchst eindrucksvoll in Bezug auf das angestrebte Gesamtvolumen. Juncker aber konnte und wollte davon nur 21 Mrd. Euro selbst und mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) mobilisieren. Der Rest muss aus anderen Quellen beigesteuert werden; auch die Mitgliedstaaten werden herangezogen ebenso wie private Unternehmen. Im Entscheidungsverfahren über die Anträge – bisher sind bereits rund 2.000 Papiere im Prüfungsverfahren – und über den Mitteleinsatz bemühte sich Juncker umgehend darum, der Europäischen Kommission eine wesentliche Rolle zukommen zu lassen. Natürlich stieß er dabei sofort auf den Widerstand Merkels, deren europapolitischer Ansatz den Rat und die Mitgliedstaaten in die Schlüsselposition rücken will. Juncker sucht dann eher Hilfe bei einem geborenen Bündnispartner, bei dem taktisch besonders begabten EZB-Präsidenten Mario Draghi. Draghi ist raffiniert genug, die Stimme der Mitgliedstaaten, die ihn bremsen könnten, durch die Veröffentlichung der bisher streng geheimen Protokolle der EZB-Direktoriumssitzungen zu schwächen. Juncker und Merkel begegnen sich dort seit Jahrzehnten in dichter Terminfolge. Beide können genau die Unterstützer und Gegner einschätzen und kalkulieren. Beide erfassen präzise das jeweils notwendige Timing. Man soll keinen Moment zu früh und keinen Moment zu spät agieren, wenn man politischen Erfolg haben will. Und beide – Merkel wie Juncker – haben ein höchst professionelles und höchst begabtes Team um sich versammelt, das dieses Magnetfeld der Macht gekonnt für sie betreut. In der Sportlersprache würde man sagen: Die beiden Personen bilden die Champions-League – und das Match bleibt spannend bis

zur letzten Minute. Niemand tappt in die Abseitsfalle. Zur Not muss ein Elfmeterschießen die Entscheidung bringen.

Das aktuelle Fallbeispiel, das eine Fülle von Materialien auch für künftige Historiker bietet, ist das Ringen um die Rettung Griechenlands. Wer hat das Sagen im Poker mit der Regierung in Athen – Juncker oder Merkel? So fragen sich nunmehr auch die Massenmedien. Der Spiegel hob dabei kürzlich Merkel in den Areopag des Historischen, indem er ihr den Titel „Angela de Gaulle“ verlieh. Demnächst wird das Magazin diese Zeremonie ergänzen müssen. Juncker wird dann „Jean-Claude Delors“ heißen.¹⁸ Bei jedem weiteren Hinweis auf weitere strategische Integrations Schritte blitzt sofort das Spannungsverhältnis zwischen den beiden unterschiedlichen Integrationsstrategien auf: dem supra-nationalen Kurs mit dem Kernsymbol Europäische Kommission auf der einen und dem intergouvernementalen Ansatz mit dem Kernsymbol Europäischer Rat auf der andern Seite. Sei es im Hinblick auf den politischen Entscheidungsrahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), sei es im Hinblick auf die neue Konzipierung der europäischen Sicherheitspolitik (Stichwort: Europäische Armee).

Das Spannungsverhältnis, das sich auch personalisieren lässt und dann die Namen Juncker und Merkel trägt, ist eine faszinierende und aufschlussreiche Erscheinung. Das Magnetfeld der Macht mit den Polen Juncker und Merkel verleiht dem subtilen Zukunftspoker Europas eine spezifische Anschaulichkeit angesichts der schier unüberschaubaren Komplexität der abstrakten Sachverhalte. Es ist daher höchst empfehlenswert, dieses Magnetfeld intensiv und ununterbrochen zu beobachten und zu analysieren. Nur dann behält man Kontakt zum eigentlichen historischen Tiefgang der Integration Europas.

Sicherheit im Zukunftseuropa

Die Meldung erregte große Aufmerksamkeit. Sie erhielt geradezu einen sensationellen Beigeschmack: Kommissionspräsident Juncker forderte die Schaffung einer Europäischen Armee. Und etliche Spitzenpolitiker nickten das Thema positiv ab, unter anderem Bundeskanzlerin Merkel und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die einzige Einschränkung lautete: aber erst langfristig realisierbar. Ob sich Europa jedoch wirklich so viel Zeit lassen kann, sollte man angesichts der neuen Sicherheitslage sorgfältig bedenken.¹⁹ Der Krieg ist viel näher an Europa herangerückt. Der Terror schließt keinen Kontinent, keine Region, keinen Ort aus. Die Bürger begreifen dies längst. Das empirische Datenmaterial belegt es; auf die Frage, wozu man die Europäische Integration brauche, steht seit geraumer Zeit auf Platz 1 der Notwendigkeiten: die Sicherheit. Vor diesem Hintergrund – neue Sicherheitslage und neue Einstellung der Bürger – erscheint es höchst zweifelhaft, ob sich die Führung eine solche Zögerlichkeit leisten kann. Die Daten sprechen dafür, die Forderung von Juncker unmittelbar operativ anzugehen.²⁰

18 Jacques Delors war von 1985 bis 1995 Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der strategische Kopf bei der Vollendung des Binnenmarktes und der Krönung durch die Wirtschafts- und Währungsunion (dies alles mit tatkräftiger Unterstützung durch das europapolitische Tandem Kohl-Mitterrand).

19 Zur Vertiefung siehe Stefan Frölich: *Die Europäische Union als globaler Akteur*, Wiesbaden 2014; Franco Algieri: *Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU*, Stuttgart 2010.

20 Centre for European Policy Studies (CEPS): *More Union in European Defence*. Report of a CEPS Task Force, Februar 2015.

Juncker begründet sein Konzept präzise: „Eine gemeinsame Europäische Armee würde der Welt zeigen, dass es zwischen den EU-Ländern nie wieder Krieg gibt. Eine solche Armee würde uns helfen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen. Mit einer eigenen Armee könnte Europa glaubwürdig auf eine Bedrohung des Friedens in einem Mitgliedsland oder in einem Nachbarland der Europäischen Union reagieren.“²¹ Dieser mutige strategische Ansatz des Kommissionspräsidenten fand allerdings nicht nur Zustimmung wie die seitens der Bundesregierung, die eine solche Perspektive bereits in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat, sondern auch die strikte Ablehnung durch die britische Regierung. Aus London war zu hören, eine gemeinsame Armee der Europäer komme nicht in Frage angesichts der unterschiedlichen Strategien, Einsatzbeschränkungen und Parlamentsvorbehalte.²² Der europäische Dissens ist also greifbar: Die einen machen pragmatisch die Effizienzsteigerung und die Finanzeinsparungen durch die Europäische Armee geltend – meist „pooling and sharing“ genannt –, während die anderen – beispielsweise Großbritannien – eine fehlende strategische Übereinstimmung gegen das Projekt ins Feld führen. Dabei wird übersehen, dass der Lissabon-Vertrag vorsieht, für solche Projekte eine Integration mit nur einem Teil der Mitgliedstaaten zu organisieren.²³ Es sollten also nur jene Staaten die Europäische Armee tragen, die sich in kompletter strategischer und organisatorisch operativer Übereinstimmung befinden. Man nennt diesen Ansatz, der in anderen Feldern bereits alltägliche Routine geworden ist, „differenzierte Integration“ oder in der Vertragssprache zur Sicherheitspolitik „ständige strukturierte Zusammenarbeit“. Die Ablehnung Großbritanniens, die bei etlichen anderen Projekten wie der Währungsunion oder dem Schengen-Abkommen bereits bestens bekannt ist, muss und kann also das Projekt nicht blockieren.

Der Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Armee spielt zudem auf einer höheren Ebene politischer und historischer Bedeutsamkeit als das pragmatische „Klein-Klein“, das uns aus dem integrationspolitischen Alltag bestens und manchmal leidvoll bekannt ist.²⁴ Es geht um den wirksamen, kraftvollen Ausdruck, den die Symbolsprache für den Wahrnehmungshorizont einer Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung stellt. Seit dem Zweiten Weltkrieg begleitet diese Symbolsprache Europa – nicht erst seit dem Vorschlag Junckers. Bereits im Nachdenken der Widerstandsbewegungen tauchte die Idee supranationaler europäischer Sicherheit für die Nachkriegsordnung auf, dann beim ersten großen Treffen der Europäischen Bewegung zum Haager Kongress (7. bis 10. Mai 1948) bis hin zum großen Durchbruch, dem Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Am 27. Mai 1952 unterzeichnete auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland jenen Vertrag, der eine Europäische Armee und einen Europäischen Verteidigungsminister vorsah. Höchst relevant waren in diesem Vertragswerk auch die präzisen Angaben zur

21 Beate Balzli/Christoph B. Schlitz/Andre Tauber: Jean Claude Juncker: „Halten sie sich an Frau Merkel. Ich mache das“, in: Welt am Sonntag, 8.3.2015.

22 Andrew Sparrow: Jean-Claude Juncker calls for EU army, in: The Guardian, 8.3.2015.

23 Zur differenzierten Integration siehe aktuell Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): Heilsame Vielfalt? Formen differenzierter Integration, Baden-Baden 2014; Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): Anfang vom Ende? Formen differenzierter Integration und ihre Konsequenzen, Baden-Baden 2015.

24 Hans-Georg Ehrhardt: Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union im Praxistest: zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: integration, 2/2013, S. 51-106; Katrin Böttger: Auf dem sicherheitspolitischen Auge blind: Die EU-Außenpolitik angesichts der Ukraine-Krise: Zustand und Entwicklungsoptionen, in: integration, 2/2014, S. 95-108

operativen Verbindung von Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und NATO – ein Sachverhalt, dessen Definition bis heute sehr bedeutsam ist.

Nach dem dramatischen Scheitern des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung 1954 blieb das Projekt einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik über etliche Jahre tabuisiert. Das Thema geriet erst wieder auf die Tagesordnung, als die weltpolitischen Ereignisse wie der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag 1968 eine europäische Antwort forderte. Man schuf Anfang der 1970er Jahre – ohne Vertragsgrundlage – die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die erfolgreich eine außenpolitische Kooperation organisierte. Dieser EPZ wurde erst 1986 in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) der Vertragsrang verliehen. Als Nachfolgerin wurde dann mit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht im November 1993 die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kreiert, die dann von Vertrag zu Vertrag ausgebaut und vertieft wurde.

Ein entscheidender Anstoß dazu kam von einem spezifischen Erlebnis, das Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher Anfang 1991 im Weißen Haus in Washington hatten. Kohl sprach mit großem Nachdruck fast eine Stunde lang auf den US-amerikanischen Präsidenten, George Bush, ein. Es werde zu dramatischen und tragischen Kriegen auf dem Balkan kommen, mit vielen Tausenden Toten. Die einzige Möglichkeit, dieses Drama zu vermeiden, sei gegeben, wenn die US-Streitkräfte in Südosteuropa in Erscheinung träten. Die USA sollten ihre Flugzeugträger vor der dortigen Küste stationieren. Dies sei die einzige Sprache, die man dort verstehe. Präsident Bush drehte sich zu seinem Vize- Außenminister und Balkan-Experten Lawrence Eagleburger um: „Larry, what can we do?“ Eagleburger antwortete: „Nothing“. Bush bemerkte zu Kohl, er habe es gehört. Amerika werde also nichts tun: „It is a European affair!“ Die deutsche Seite war geschockt. Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges sagten die USA angesichts einer drohenden militärischen Gefahr: „It is a European affair.“ Und Europa war sicherheitspolitisch auf eine solche Herausforderung in keiner Weise vorbereitet. Das musste nun so bald wie möglich geändert werden. Noch auf dem Rückflug wurden Initiativen zum Ausbau der europäischen Sicherheitspolitik ergriffen.

Diese Grundkonstellation ist auch heute gegeben: Nirgendwo ist garantiert, dass die USA in jeder Konfliktlage der Europäischen Union sicherheitspolitisch unter die Arme greifen. Und nirgendwo ist garantiert, dass Europa nicht bei seine eigene Existenz bedrohenden Angriffen schützend eingreifen muss. Also bedeutet die Forderung Junckers sowohl die Komplettierung einer wichtigen Traditionslinie der Integration Europas als auch die Steigerung sicherheitspolitischer Effektivität und nicht zuletzt die kraftvolle Artikulation europäischer Symbolsprache: So versteht sich eine Schicksalsgemeinschaft.

Natürlich löst eine solche anspruchsvolle und mutige Idee einer Europäischen Armee eine kontroverse Debatte aus. Mit Schlagzeilen wie „Fantasien für übermorgen“²⁵ oder „Eine EU-Armee wird es nicht geben“²⁶ wird der Vorschlag hektisch weggewischt. Dabei wird vieles Substantielles übersehen:

(1) Ein solches Projekt beginnt heute nicht am Nullpunkt. Man ist ja seit geraumer Zeit bereits auf dem Weg. Was 1970 als EPZ begann, dann 1986 in der EEA auf Vertragsebene gehoben wurde, ist dann mit jedem weiteren Vertrag in immer intensivere normative

25 Michael Schmidt: Europäische Armee. Fantasien für übermorgen, in: Der Tagesspiegel, 1.4.2015.

26 Karl Feldmeyer: Eine EU-Armee wird es nicht geben, in: Cicero, 12.3.2015.

Regeln gefasst und mit diversen sicherheitspolitischen Instrumenten ausgestattet worden. So gibt es inzwischen unter anderem den Militärstab der Europäischen Union (EUMS), die Politisch-Militärische Gruppe (PMG), das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), den Militärausschuss der Europäischen Union (EUMC) und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Es gibt außerdem diverse Kooperationen der Streitkräfte in Europa. Die Europäische Verteidigungsagentur listet dazu rund 80 Projekte auf. Etwa 20 militärische Einsätze auf der EU-Grundlage hat es bisher gegeben. Im Jahr 2003 einigte sich die Europäische Union auf eine – wenn auch höchst allgemein gehaltene und höchst unzulängliche – Sicherheitsstrategie.

(2) Die verschärfte globale Sicherheitslage hat die Verteidigungsminister von Deutschland, Frankreich und Polen in einem gemeinsamen Brief an den Europäischen Rat eine verstärkte sicherheitspolitische Ausrichtung der Europäischen Union fordern lassen. Es sei nötig, dass die Verteidigung eine Priorität auf der europäischen Agenda haben sollte. Eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie ebenso wie schlagkräftige Battle Groups stehen auf ihrer Liste. Gemeinsam will man eine neue Drohne bauen. Einen Konflikt mit der NATO soll es nicht geben: „Wir brauchen eine starke und leistungsfähige europäische Säule innerhalb der NATO.“²⁷ Es geht also um eine komplementäre Sicherheitspolitik von NATO und Europäischer Union. Dieser Brief erhielt dann die zusätzliche Unterschrift der Außenminister, um das Gewicht dieser Vorlage für den nächsten Sicherheitsgipfel noch zu steigern.

(3) Das, was wir nun „hybride Sicherheitspolitik“ nennen, geht weit über die klassische, konventionelle Militärpolitik hinaus. Es handelt sich um akute Bedrohungen wie Kämpfe ohne Hoheitsabzeichen, propagandistische Verwirrungsstrategien, Nutzung von Infrastrukturschwächen offener Gesellschaften, Störung von interdependenten Strukturen wie Energieversorgung, Logistik, Verkehr und Rohstoffe sowie Cyber-Angriffe durch hochtechnologisch ausgestattete Terror-Netzwerke. Hierzu wird bereits heute dringend eine europäische Risikovorsorge gefordert. Die Bedrohung ist so nahe nach Europa gerückt, dass ein ablehnender Hinweis, dies seien „Fantasien für übermorgen“²⁸ merkwürdig wirklichkeitsfremd und antiquiert erscheint.

Der Schlüssel zur Lösung der Herausforderung unter der Überschrift „Europäische Armee“ wird weniger in den organisatorischen Details liegen, sondern in der Schaffung einer europäischen strategischen Kultur. Die gemeinsame Risiko-Analyse, die gemeinsame Präventionsperspektive, das gemeinsame Interessenkalkül, die gemeinsame Konfliktbeobachtung, die gemeinsame Sicherheitsreflexion und die gemeinsame Antizipation künftiger Konstellationen: Alles das macht die unverzichtbare „strategische Kultur Europas“ aus. Ein Gipfel sollte dazu die wichtigsten strategischen Köpfe Europas in eine Arbeitsgruppe berufen. Damit wäre ein entscheidender Schritt getan. Das bedeutet mehr, als nur einen weiteren Militärstab einzurichten. Es bedeutet, die historische Herausforderung anzunehmen, um sie bestehen zu wollen.

27 EurActiv: Berlin, Paris und Warschau fordern „Europa der Verteidigung“, 31.3.2015

28 Michael Schmidt: Europäische Armee. Fantasie für übermorgen, in: Der Tagesspiegel, 1.4.2015.

Europas Gesicht: die strategische Führungsfrage

Der Kontinent steckt in der Klemme. Existentielle Herausforderungen bannen die Aufmerksamkeit der Menschen – und die strategischen Lösungen bleiben aus. Die Liste der Themen ist evident: Währungs- und Schuldenkrise, Flüchtlingsdramen, Terror-Attacken, weltpolitische Mitverantwortung an Konfliktlösungen, Jugendarbeitslosigkeit und divergierende Soziallagen. Bei alledem ist situatives Krisenmanagement zu beobachten – aber nicht die Perspektive einer strategischen Antwort.

Das Thema „Europa“ wird täglich zum Gegenstand drastischer Überschriften, die Alpträume vermitteln: „Der zerplatzte Traum“²⁹, „Europas Hegemon“³⁰, „Union der Gegner“³¹, „Nicht Europa, sondern Anti-Europa“³², „Das monumentale Versagen des Politischen“³³ oder „Bald wird sich entscheiden, ob Europa zerbricht“³⁴. Man muss sich nicht von jeder Alpträum-Infektion wirklich mental anstecken lassen. Aber der drastische Oberflächenbefund ist dennoch nicht zu umgehen.

Europa zeigt sich als ein Kontinent der Fragezeichen und Ratlosigkeiten, als ein Ort der Konfusion.³⁵ Niemand darf es überraschen, wenn deutlicher Vertrauensverlust in Politik und Demokratie zu registrieren ist und dem Populismus europaweit ein chancenreicher Markt geboten wird. Hinter diesen Befunden steckt Tiefergehendes als hinter den täglich aufmerksamkeitsheischenden Schlagzeilen. In seiner sensiblen Rede vor dem Europäischen Parlament am 25. November 2014 hat Papst Franziskus von einem „gealterten und erdrückten Europa“ gesprochen. Seine Forderung lautet: „Europa hat es dringend nötig, sein Gesicht wiederzuentdecken.“ Zu diesem Gesicht gehören mehrere Elemente: seine historischen Erfolge, seine pragmatischen Alltäglichkeiten, seine Krisen. Nicht zuletzt gehören dazu seine gemeinsamen Erlebnisse und identitätsstiftenden Erfahrungen; kurzum sein Narrativ. Zu den Kernelementen des europäischen Narrativs zählen nicht nur seine hegemonialen Katastrophen, seine großen Erfolge und seine Krisen. Immer wieder ist die Frage nach den europäischen Gestaltungsräumen und -prinzipien zu klären – und dabei immer wieder und immer dringlicher die Frage nach der Führungsstruktur. Auch gegenwärtig liegt hier der Schlüssel, um die Ära der Konfusion zu beenden: Die Führungsstruktur ist zu klären, um strategische Klarheit zu bieten. Die Inszenierung der diversen Machtspiele, die uns vorgeführt werden, verlangt nach Transparenz.

Der Status quo der Machtinszenierung kennt viele Magnetfelder, kennt multipolare Interaktionen und multidimensionale Reziprozitäten. Da gehen im europäischen Alltag in den herkömmlichen rechtlichen Verfahren die Initiativen von der Kommission aus, die viele Ausschüsse und Komitees vorab befragt. Die Initiativen gelangen dann in ein Entscheidungsverfahren, an dem der Ministerrat und das Europäische Parlament die Entscheidungsmacht ausüben. Meist werden der Wirtschafts- und Sozialausschuss ebenso wie der Ausschuss der Regionen dazu gehört. Erscheint der Sachverhalt politisch bedeut-

29 Focus: Der zerplatzte Traum, 27/2015, S. 22.

30 Stefan Kornelius: Europas zögerlicher Hegemon, in: Süddeutsche Zeitung, 25.07.2015.

31 Daniel Brössler: EU-Gipfeltreffen. Rambo-Diplomaten gefährden Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 25.6.2015.

32 Dirk Kubjuweit: Nicht Europa, sondern Anti-Europa, in: Der Spiegel, 27/2015, S. 8.

33 Miriam Meckel: Das monumentale Versagen des Politischen, in: Wirtschaftswoche, 10.7.2015.

34 Andrea Seibel: „Bald wird sich entscheiden, ob Europa zerbricht“, in: Die Welt, 28.7.2015.

35 Siehe vertiefend: Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas, Berlin 2011; Hans Magnus Enzensberger: Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas, Berlin 2011; Helmut Willke: Demokratie im Zeitalter der Konfusion, Berlin 2014.

samer, dann zieht der Europäische Rat das Thema an sich. Hier ringen dann die verschiedenen Teilnehmer – vom Präsidenten des Europäischen Rates bis hin zu den besonders einflussreichen Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich um Dominanz. Zusätzlich werden die Abläufe verkompliziert, wenn gar nicht alle 28 EU-Mitgliedstaaten mitwirken, sondern nur Teile, wie die 19 Mitglieder der WWU. Wie ist in dieser Konfusion nun Klarheit zu schaffen? Die Antwort lautet: Die Führungsfrage muss geklärt und die Antwort dann transparent ausgestaltet werden. Erste Ansätze liegen auf der Hand:

(1) Die Kommission ist durch die spezifische Umsetzung der Europa-Wahl des Jahres 2014 politisch gestärkt worden. Die gemeinsame Interpretation des Lissaboner Vertrages durch die diversen politischen Spitzen in Sachen Nominierung des Kandidaten zur Kommissionspräsidentschaft hat die Position des Kommissionspräsidenten wesentlich gestärkt. Hier sind nun Parlament und Kommission zur eigentlichen Machtbasis von Präsident Juncker geworden. Juncker hat dies auch in grundsätzliche Initiativen wie die Schaffung des EFSI-Fonds und die kraftvolle Forderung nach einer „Europäischen Armee“ umgesetzt. Juncker ist es auch gelungen, beim Krisenmanagement auf Augenhöhe mit dem EZB-Präsidenten Draghi zu bleiben.

(2) Dies scheint nun der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu viel an Führungsprofil geworden zu sein. Er will den politischen Einfluss der Kommission sofort kappen. Das würde bedeuten, die Ansätze von dringend notwendiger Führung sofort zu vernichten, den dringenden Bedarf an Gestaltungsleistung der Europäischen Union sofort zu ersticken, bevor er wirklich befriedigt werden kann. Merkwürdig erscheint auch, wie der europapolitisch hoch erfahrene Bundesfinanzminister den Lissabon-Vertrag missversteht. Der Vertrag gibt der Kommission viel weitreichendere Aufträge als bloß die Rechtsaufsicht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbskontrolle, die Schäuble nun an unpolitische Agenturen auslagern will. Der Vertrag beschreibt die Kommission umfassend als Hüterin der Verträge. Er lässt sie als Exekutive die Umsetzung der Ratsbeschlüsse vollziehen. Und – führungspolitisch höchst relevant – gibt der Kommission das Initiativmonopol. Kein Gesetzgebungsvorgang beginnt ohne Vorlage der Kommission als Initialzündung. Inzwischen beteiligt die Kommission sogar das Europäische Parlament in vorsichtiger Form an dieser Initiativposition, wodurch die Macht der Kommission zusätzlich abgesichert ist. Wie und warum die Attacke Schäubles ausgerechnet an diesem sensiblen Punkt der EU-Machtarchitektur angreifen soll, erscheint schleierhaft – kommt es doch vor allem darauf an, die Führung im machtvollen Gestaltungsraum Europa auszubauen, statt Europa bloß seine Ohnmacht pflegen zu lassen.

(3) Die Position des Präsidenten des Europäischen Rats ist politisch aufzuwerten. Auch für dieses Amt sollte man ein direktes Wahlverfahren durch die Bürger Europas einführen. Im so gestärkten Rat können die Spitzen der Regierung der Mitgliedstaaten ihre Auffassungen höchst einflussreich einbringen. Zur Steigerung der Legitimation sollten die elementaren Teile der Ratssitzungen öffentlich übertragen werden. So entstehen auch neue Bestände des europäischen Narrativs.

(4) Die WWU bedarf eines kraftvollen politischen Rahmens; man könnte es Politische Union nennen. Dies wurde bereits, wenn auch recht behutsam, im gemeinsamen Papier der fünf Präsidenten (Präsident der Europäischen Kommission, des Europäischen Rats, der EZB, der Euro-Gruppe und des Europäischen Parlaments) vom 22. Juni 2015 angesprochen, aber noch intensiver vom französischen Staatspräsidenten gefordert. Letzterer fordert eine europäische Wirtschaftsregierung mit einem Euro-Finanzminister, einem Euro-Budget und einem Euro-Zonen-Parlament. Den Grundgedanken zu einem solchen

starken politischen Rahmen hatte bereits vor der Konferenz von Maastricht der damalige Bundeskanzler Kohl geäußert. Er bezeichnete die Überlegung, man könne eine gemeinsame Währung ohne eine solche Politische Union schaffen, – so wörtlich – „als abwegig“. Der Bundestag spendete ihm damals dafür Beifall und die Geschichte gibt ihm recht: Der Gedanke der Wirtschaftsregierung wird vor allem dann nicht mehr zu umgehen sein, wenn die immer wieder vorgeschlagene Reform des EU-Eigenmittelsystems mit der Einführung einer Euro-Steuer realisiert wird. Da nicht alle Mitglieder der Europäischen Union der WWU angehören, wird dies geradezu als Modellfall der „differenzierten Integration“ zu behandeln sein. Solche Differenzierungen, an denen nicht alle Mitgliedstaaten teilnehmen, wird es in Zukunft noch häufiger geben, unter anderem in der Sicherheitspolitik, Energiepolitik oder Entwicklungspolitik. Also bedarf es, auch wegen der Differenzierungen, der größeren institutionellen Klarheit. Es liegt dazu auf der Hand, dem Euro-Währungsrat einen hauptamtlichen Vorsitzenden zu geben, ihm das parlamentarische Unterfutter einzurichten und dann anschließend nach einiger Zeit der Bewährung auch direkt wählen zu lassen.

(5) Die Quellen der Legitimation Europas sind grundsätzlich zu stärken. Das ist die Konsequenz des immensen Machttransfers auf die europäische Ebene in den letzten Jahrzehnten. Dazu muss das Europäische Parlament sein Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit intensivieren. Das gleiche gilt für die europapolitische Dimension der nationalen Parlamente. Etliche Probleme der Legitimation könnten durch eine Rollenstärkung des Ausschusses der Regionen reduziert, wenn nicht sogar gelöst werden. Die Globalisierung hat die regionalen Heimatbedürfnisse geradezu dramatisch intensiviert. Der Ausschuss der Regionen könnte zum Ort europäischer Identität werden. Ähnliche Verstärkungen lassen sich im Blick auf den Wirtschafts- und Sozialausschuss angehen. Der Gedanke der partizipativen Demokratie ist auch auf europäischer Ebene ernst zu nehmen und zu implementieren. Dazu kann das in Artikel 11 EU-Vertrag eingeführte Bürgerbegehren zum Bürgerentscheid ausgebaut werden. Das Erscheinungsbild und die Erfahrungswelt eines partizipativen Europas würde eine hoch motivierte Union entstehen lassen.

(6) In diesen Ordnungsrahmen sind alle Magnetfelder der Macht einzubringen: das Ringen der Staats- und Regierungschefs, der Streit der Parteien, das Wirken der Zivilgesellschaft und die mediale Vermittlung einer Europäischen Öffentlichkeit. Auf einer solchen Grundlage klingt die Schaffung und Vertiefung eines aktuell wirksamen europäischen Narrativs nicht mehr so unwirklich.

(7) Wenn die Führungsstruktur in transparenter, legitimationsschaffender Weise geklärt ist, dann wird auch das kulturelle Unterfutter des europäischen Systems weiter an Rationalität gewinnen. Die Wucht populistischer Slogans wird nachlassen. Beschwörungen, Warnungen und Befürchtungen im Blick auf neue hegemoniale Zeitläufe werden ihre Grundlage verlieren. Das Mikado der Machtspiele wird sich nicht auf Hinweise zu dem Streben nach Vorherrschaft Deutschlands, Frankreichs oder anderer Mächte konzentrieren. Wird oder soll oder muss Deutschland die strikte Führung in Europa übernehmen? Diese tägliche Frage wird dann aus den Schlagzeilen verschwinden – ebenso wie die Überlegung, ob der „hässliche Deutsche“³⁶ wiederkehrt.

Es ist interessant, dass in all den Krisenerlebnissen – wie dem Ringen um Kredite, der Diskussion um Zinssätze und der Kalkulation von Flüchtlingsquoten – doch immer wieder

36 Siehe vertiefend Herfried Münkler: Wir sind der Hegemon, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.8.2015.

die Fragen auftauchen: Was macht Europa eigentlich aus? Was ist spezifisch für diesen Kontinent? Was hält Europa zusammen? Wie ist die Identität Europas zu definieren? Durch diese drängenden und zugleich tiefer gehenden Fragestellungen wird greifbar, dass Europa mehr ist, als ein Wirtschaftsraum, mehr ist als eine Währungsunion, mehr als ein bloßes Interessen-Gerangel. Europa ist ein normatives Projekt! Es gilt die Normen zu beschreiben und zu begreifen, nach denen die Schicksalsgemeinschaft ihren politischen Raum gestalten will. Jeder, der einen Blick in die dramatischen Jahrhunderte der Geschichte Europas geworfen hat, weiß: Das Ringen um die Zukunft Europas wird sich nicht konzentrieren auf finanzwissenschaftliche Seminararbeiten, sondern auf die Ausgestaltung eines normativen Projekts.

Es geht also nicht um die Traumtänzeri in eine neue historische Epoche. Es geht um die Gestaltung von Interdependenz. Die Dichte der Verwebung von politischen, ökonomischen, kulturellen und digitalen Sachverhalten hat sich längst jenseits traditioneller Grenzen des Nationalen wie des Regionalen realisiert. Ein immenser Machttransfer ist bereits vollzogen. Entweder man wird davon überrollt, entmündigt, ja erdrosselt – oder man schafft adäquate Gestaltungsräume wie eine handlungsfähige, führungsstarke Europäische Union. Dieser Gestaltungsraum bedarf der normativen Grundierung, der plausiblen Legitimation, der normativen Identität und der effektiven klugen Führung. Daher greift auch die traditionelle Terminologie vom Bundesstaat, Föderalismus oder Staatenbund nicht mehr. Es geht vielmehr um das neue Europa. Für die Realisierung des neuen Europa bedarf es ganz offenbar der strategischen Köpfe.

Weiterführende Literatur:

- Harmut Aden (Hrsg.): *Police Cooperation in the European Union under the Treaty of Lisbon: Opportunities and Limitations*, Baden-Baden 2015.
- Franco Algieri: *Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU*, Stuttgart 2010.
- Klaus Barwig/Stephan Beichel-Benedetti/Gisbert Brinkmann (Hrsg.): *Steht das Europäische Migrationsrecht unter Druck?*, Baden-Baden 2014.
- Zygmunt Baumann: *Europa. Ein unvollendetes Abenteuer*, Hamburg 2015.
- Peter Behrens/Markus Kolzur/Konrad Lammers (Hrsg.): *Sechs Dekaden europäischer Integration – eine Standortbestimmung*, Baden-Baden 2015.
- Jan Bergmann (Hrsg.): *Das neue Europa. Handlexikon der Europäischen Union*, 5. Aufl., Baden-Baden 2015.
- Stefan Bierling (Hrsg.): *Vormacht wider Willen*, München 2014.
- Winfried Böttcher: *Klassiker des Europäischen Denkens*, Baden-Baden 2014.
- Winfried Brommel/Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.): *Europa, wie weiter?*, Bielefeld 2015.
- Hauke Brunkhorst/Charlotte Gaitanides/Gerd Grözinger (Hrsg.): *Europe at a Crossroad. From Currency Union to Political and Economic Governance?*, Baden-Baden 2015.
- Wilfried Buchta: *Terror vor Europas Toren. Der islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht*, Frankfurt 2015.
- Meral Budak-Fero: *Die Türkei in der Identitätsfalle – Zur Kompatibilität von Kopenhagener Kriterien und türkischem Konstitutionalismus*, Baden-Baden 2015.
- Frank Decker: *Wenn die Populisten kommen*, Wiesbaden 2013.
- Udo di Fabio: *Schwankender Westen. Wie sich eine Gesellschaft neu erfinden muss*, München 2015.
- Frédéric Delouche: *Das europäische Geschichtsbuch: Von den Anfängen bis in das 21. Jahrhundert*, Stuttgart 2012.
- Doris Dialer/Andreas Mauerer/Margarethe Richter (Hrsg.): *Handbuch zum Europäischen Parlament*, Baden-Baden 2015.
- Doris Dialer/Margarethe Richter (Hrsg.): *Lobbying in der Europäischen Union. Zwischen Professionalisierung und Regulierung*, Wiesbaden 2015.

- David Engels: Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der Römischen Republik, München 2014.
- Hans Magnus Enzensberger: Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas, Berlin 2011.
- Franz Fischler/Christian Ortner (Hrsg.): Europa – Der Staat, den keiner will, Salzburg 2014.
- Joschka Fischer: Scheitert Europa?, Köln 2014.
- Stefan Frölich: Die Europäische Union als globaler Akteur, 2. Aufl., Wiesbaden 2014.
- Michael Gehler: Europa: von Utopie zur Realität, Innsbruck 2014.
- Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas, Berlin 2011.
- Karl Hahn/Peter Nitschke/Martin Schwarz (Hrsg.): Europa 2015. Studien zur interdisziplinären Deutschland- und Europaforschung, Berlin 2014.
- Armin Hartje/Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.): Enzyklopädie Europarecht: Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht, Bd. 10, Baden-Baden 2014.
- Ernst Hillebrand (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn 2015.
- Peter Hilpold/Walter Steinmair (Hrsg.): Neue europäische Finanzarchitektur – Die Reform der WWU, Heidelberg 2014.
- Christian Joerges/Carola Glinski (Hrsg.): The European Crisis and the Transformation of Transnational Governance, London 2015.
- Alexandra Jonas: Das Governance-System der GSVP. Die Rolle des EU-Satellitenzentrums und der Europäischen Verteidigungsagentur, Baden-Baden 2015.
- Mathias Jopp/Funda Tekin (Hrsg.): Europas Wert. Studien zum materiellen und immateriellen Nutzen der europäischen Integration, Baden-Baden 2014.
- Toni Judt: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt 2009.
- Michael Kaeding/Niko Switek (Hrsg.): Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Berlin 2014.
- Peter Graf Kielmannsegg: Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte, Baden-Baden 2015.
- Ulf-Dieter Klemm/Wolfgang Schultheiß (Hrsg.): Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt 2015.
- Michele Knodt/Anne Tews (Hrsg.): Solidarität in der Europäischen Union, Baden-Baden 2014.
- Ulrich Krotz/Joachim Schild: Shaping Europe. France, Germany, and Embedded Bilateralism from the Eliséé Treaty to Twenty-First-Century Politics, Oxford 2015.
- Matthias Lehnert: Frontex und operative Maßnahmen an den europäischen Außengrenzen, Baden-Baden 2014.
- Winfried Loth: Europas Einigung: Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt 2014.
- Robert Menasse: Heimat ist die schönste Utopie: Reden (wir) über Europa, Berlin 2014.
- Peter-Christian Müller-Graff: Enzyklopädie Europarecht. Europäisches Wirtschaftsordnungsrecht, Bd. 4, Baden-Baden 2015.
- Herfried Münkler: Macht in der Mitte: Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015.
- Beate Neuss/Antje Nötzold (Hrsg.): The Southern Mediterranean: Challenges to the European Foreign and Security Policy, Baden-Baden 2015.
- Werner Polster: Die Krise der europäischen Währungsunion. Eine ordnungspolitische Analyse, Marburg 2014.
- Susanne Rempel: Eine Energieaußenpolitik für die Europäische Union. Anspruch und Wirklichkeit, Baden-Baden 2015.
- Wolfgang Schmale: Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität, Stuttgart 2008.
- Günther Schnabl: Mit dem Kopf im Sand? Goodharts Gesetz und die Wirkungslosigkeit von Inflationszielen als geldpolitische Regelmechanismen, Working Papers on Global Financial Markets, 55/2014.
- Heinrich Schneider: Europas Krise und die katholische Soziallehre. Herausforderungen und Reformperspektiven, Heiligenkreuz 2014.
- Julia Seehase: Die Grenzschutzagentur Frontex: Chance oder Bedrohung für den Europäischen Flüchtlingsschutz, Baden-Baden 2013.
- Hans-Joachim Stadermann: Der stabile Euro und seine Feinde, Marburg 2014.
- Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): Anfang vom Ende? Formen differenzierter Integration und ihre Konsequenzen, Baden-Baden 2015.
- Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): Heilsame Vielfalt? Formen differenzierter Integration, Baden-Baden 2014.

- Paul Tiedemann/Janina Giesecking (Hrsg.): Flüchtlingsrecht in Theorie und Praxis: 5 Jahre Refugee Law Clinic an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Baden-Baden 2014.
- Ingeborg Tömmel: Das politische System der EU, 4. Aufl., Berlin 2014.
- Dietrich Walter (Hrsg.): Die Euro-Expansion. Was könnte der Euro in einem gesamteuropäischen Wirtschaftsraum bewirken?, Frankfurt 2015.
- Werner Weidenfeld: Europa – eine Strategie, München 2014.
- Helmut Willke: Demokratie im Zeitalter der Konfusion, Berlin 2014.
- Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens, 4 Bde., München 2009-2015.
- Martin Winter: Das Ende einer Illusion – Europa zwischen Anspruch, Wunsch und Wirklichkeit, München 2015.
- Andreas Wirsching: Demokratie und Globalisierung, Europa seit 1989, München 2015.